



## Sitzungsniederschrift

### Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort:	Haus der Insel, Nordeingang - Konferenzraum 1-2, Am Kurtheater 2		
Sitzungsdatum:	20.02.2018	Niederschrift gefertigt am: 26.02.2018	
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende:	19:30 Uhr

---

Anwesend:

**Vorsitzender**

BG Axel Stange

**Stimmberechtigtes Mitglied**

BG Bernhard Onnen

RM Jutta Wunsch

BG Stefan Wehlage

2. stv. BM Jann Ennen

1. stv. BM Henning Padberg

**Vertreter**

RM Jens Podein

**Von der Verwaltung**

BM Frank Ulrichs

StAR Julia Oertelt

StA Andreas Goldberg

Dipl.-Ing. Frank Meemken

**Schriftführer**

VFW Hans Joachim Raß

---

Entschuldigt fehlen:

RM Tobias Schnippering

## Tagesordnung

---

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.11.2017
3. Haushaltsplan für das Jahr 2018 und Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2021 FA 1/2018
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Anfragen und Anregungen
6. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Stange eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

7 Stimme/n dafür                      - Stimme/n dagegen                      - Enthaltungen

**TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.11.2017**

4 Stimme/n dafür                      - Stimme/n dagegen                      3 Enthaltungen

**TOP 3. Haushaltsplan für das Jahr 2018 und Investitionsprogramm FA 1/2018 für die Jahre 2018 bis 2021**

StAR Oertelt stellt den Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2018 anhand einer Präsentation vor. Sie betont, dass der Ergebnishaushalt für das Jahr 2018 ausgeglichen sei.

StAR Oertelt führt aus, dass sich das Gesamtvolumen des Ergebnishaushaltes im Vergleich zum Ergebnishaushalt des Vorjahres erhöht habe.

StAR Oertelt gibt zur Kenntnis, dass die Stadt Norderney keine Schlüsselzuweisung erhalte.

StAR Oertelt betont, dass für den Haushalt 2018 erstmalig die Vorschriften der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung - KomHKVO - anzuwenden seien. Diese Rechtsänderung wirke sich unter anderem durch den Wegfall der Sammelposten belastend auf den Ergebnishaushalt aus.

StAR Oertelt nimmt Bezug auf die bisherigen Jahresabschlüsse. Bis einschließlich 2013 seien die Jahresabschlüsse durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich geprüft. Die Überschussrücklage aus den bisher geprüften Jahresabschlüssen belaufe sich auf 2.427.381,51 EUR. Hinsichtlich der noch anstehenden Jahresabschlüsse für die Jahre 2014 bis 2017 führt StAR Oertelt aus, dass diese der Prognose nach positiv abschließen würden. Für die Jahre 2014 bis 2016 würden der Überschussrücklage voraussichtlich insgesamt rund 5 Mio. EUR zugeführt werden können.

StAR Oertelt führt aus, dass der Entwurf des Haushaltes Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 8,0 Mio. EUR berücksichtige.

Weiter gibt StAR Oertelt zur Kenntnis, dass sich ab dem Jahr 2020 voraussichtlich die Gewerbesteuerumlage halbieren werde.

StAR Oertelt stellt den Ergebnis- und den Finanzhaushalt vor und erläutert die größten Positionen.

Bezugnehmend auf die Mittelfristige Finanzplanung erläutert StAR Oertelt, dass nach derzeitigem Stand das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt mit -200.000 EUR geplant sei. Sie führt weiter aus, dass aufgrund der Veränderung bei der Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2020 ein Überschuss von 80.000 EUR und für das Jahr 2021 ein Überschuss von 20.000 EUR geplant sei.

StAR Oertelt benennt mit dem Neubau des Altenheims, dem Maßnahmenpaket „An der Mühle“ sowie der Verkehrsfläche am Hafen die größten Maßnahmen des Jahres 2018 im Investitionsprogramm. Hinsichtlich des Altenheims merkt StAR Oertelt an, dass nach Fertigstellung im Jahr 2020 eine Kostenmiete erzielt werden solle.

BM Ulrichs nennt als weitere Maßnahmen den Ausbau der Aula der KGS, den Ausbau der Benekestraße zwischen Frisia- und Schulzenstraße sowie die Energetische Sanierung eines Traktes der KGS als Maßnahmen über die nächsten Jahre.

StAR Oertelt führt weiter aus, dass zur Finanzierung der beabsichtigten Investitionsmaßnahmen die Aufnahme eines Kredites über 8.250.000 EUR erforderlich sei.

Bezugnehmend auf die Entwicklung der Höhe der Kreditschulden der Stadt Norderney merkt StAR Oertelt an, dass politisch zu hinterfragen sei, welche Maßnahmen in der Zukunft umgesetzt werden sollen. Sie erläutert weiter, dass die Tilgung der Kredite aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet werden müsse. Ansonsten werde der Landkreis Aurich die Genehmigung nicht erteilen.

Hinsichtlich der Zinsen und der Tilgung stellt StAR Oertelt fest, dass diese aufgrund der Kreditaufnahme steigen würden. Sie ergänzt, dass eine mögliche Zinswende am Kapitalmarkt im Auge behalten werden müsste.

RM Podein erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen der Reduzierung der Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2020. StAR Oertelt antwortet, dass die Verwaltung aufgrund des derzeitigen Standes von jährlich ungefähr 400.000 EUR ausgehe.

1. stv. BM Padberg erkundigt sich hinsichtlich der Laufzeit der Zinsbindungsfristen. StAR Oertelt antwortet, dass die Zinsbindungsfristen grundsätzlich frei verhandelbar seien. BM Ulrichs ergänzt, dass die Stadt Norderney hinsichtlich der anstehenden Maßnahmen mit einer Zinsbindungsfrist von 15 Jahren rechne und plane. StAR Oertelt ergänzt, dass im Hinblick auf Planungssicherheit eine langfristige Zinsbindung erstrebenswert sei. Weiter merkt StAR Oertelt an, dass derzeit einige Banken für Infrastrukturmaßnahmen eine Zinsbindungsfrist von 30 Jahren anbieten würden.

BG Wehlage erkundigt sich, ob bei einem Auslaufen der Zinsbindungsfrist die Konditionen des neuen Zinses auch an den Mieter des Altenheimes weitergegeben würden. BM Ulrichs antwortet, dass die Verwaltung derzeit die Miete verhandle und eine Einigung absehbar sei. Die Verwaltung sei bemüht, die größte mögliche Sicherheit für die Stadt Norderney zu erzielen. Jedoch könne die Entwicklung des Kreditmarktes in den nächsten Jahren nicht vorhergesagt werden.

BG Wehlage erkundigt sich, warum der Gewerbesteuersatz nicht angehoben werde. StAR Oertelt antwortet, dass eine Steuererhöhung nur subsidiär erfolgen dürfe. Aufgrund des aktuellen Entwurfes gebe es keine Notwendigkeit für eine Erhöhung der Gewerbesteuer.

BG Wehlage spricht die Maßnahme Innenbeleuchtung Grundschule (21.1.01/4014.7873000) an und erkundigt sich nach der angedachten Schulstandortzusammenlegung. BM Ulrichs merkt an, dass es sich um eine geförderte Maßnahme handle. Die Beleuchtung in der Grundschule sei nicht hinreichend und die Maßnahme somit notwendig. Ferner merkt StA Goldberg an, dass die Beleuchtung bei einer möglichen Folgenutzung weiter genutzt werden könne.

BG Wehlage spricht sich für eine Fortführung der Maßnahme Fahrradständer (54.1.01/2012.7873000) aus und regt an, Fahrradständer im nördlichen Bereich der Fischerstraße aufzustellen. BM Ulrichs nimmt Bezug auf die Äußerung von BG Wehlage und merkt an, dass seines Wissens noch Mittel aus Vorjahren vorhanden seien.

BG Wehlage erkundigt sich, warum sich der Aufwand bei der Grundstücksunterhaltung (Grundschule) (21.1.01.4211000) so stark erhöhe. BM Ulrichs antwortet, dass die Ansätze in den Vorjahren aufgrund einer Rückstellung niedriger angesetzt worden seien.

Auf Nachfrage von BG Wehlage erklärt StA Goldberg, dass Räume der Hausmeisterwohnung in der KGS derzeit nicht vergeben seien. Es sei beabsichtigt die Räume gegebenenfalls anders zu nutzen und als Schulräume in den Schulbetrieb zu integrieren. StA Goldberg ergänzt, dass bei einer langfris-

tigen Vermietung diese Räume ferner nicht bei der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden könnten.

BG Wehlage erkundigt sich, warum der Ansatz für Bezogene Leistungen TDN im Bereich der Spielplätze (36.6.02.4211010) von 20.800 EUR auf 30.800 EUR steige. BM Ulrichs sagt eine Klärung zu.

#### **TOP 4. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

#### **TOP 5. Anfragen und Anregungen**

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

#### **TOP 6. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde**

- a) Herr Luttmann erkundigt sich nach den beabsichtigten Straßenbaumaßnahmen in den folgenden Jahren. BM Ulrichs antwortet, dass in der Mittelfristigen Planung die Halem-, die Heinrich- und die Moltkestraße vorgesehen seien. Herr Luttmann fragt nach der Knyphausenstraße zwischen Onnen-Visser-Platz und Herrenpfad. BM Ulrichs antwortet, dass auch die Notwendigkeit bei dieser Straße bekannt sei.
- b) Herr Luttmann fragt bezüglich der im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatung angedachten Attraktiverung der Poststraße nach dem Sachstand. BM Ulrichs führt aus, dass die Straße grundsätzlich in einem guten Zustand sei. BM Ulrichs erläutert weiter, dass seitens der Anlieger im Rahmen einer Anliegerversammlung ein höherwertiger Ausbau gewünscht worden sei. Die Bereitschaft, sich an den Kosten zu beteiligen, sei allerdings eher verhalten gewesen.
- c) Herr Jentsch erkundigt sich nach der Pro-Kopf-Verschuldung. Die Verwaltung sagt eine Ermittlung zu.
- d) Frau Thiemann spricht die vorläufige Einrichtung einer Fußgängerzone in der Jann-Berghaus-Straße an und fragt, welche Maßnahmen ergriffen würden, um den Fahrradverkehr auf dieser Straße zu unterbinden. BM Ulrichs erklärt, dass eine Sperrung über Hindernisse oder dergleichen gerade im Hinblick auf die Testphase nicht erfolgen werde.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Stange  
(Vorsitzender)

Ulrichs  
(Bürgermeister)

Raß  
(Schriftführer)